

Nun sind die Anwohner gefragt

Langemarckstraße oder Georg-Elser-Allee? Kontrahenten einigen sich auf Verfahren zur Bürgerbeteiligung



FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Bis zum Sommer soll der Streit um die Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee vom Tisch sein.

VON FRANK HETHEY

Bremen. Still geworden war es im Streit um die Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee. Fast ein halbes Jahr lang zerbrachen sich Vertreter von Ortsamt und Beirat mit den Kontrahenten von der Georg-Elser-Initiative und der Interessengemeinschaft Langemarckstraße in einer extern moderierten Arbeitsgruppe die Köpfe. Nichts drang nach außen, die Beteiligten hatten sich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die heiß diskutierte Frage lautete, wie die von der Senatskanzlei eingeforderte Bürgerbeteiligung umgesetzt werden sollte. Nun herrscht Klarheit, die Akteure haben sich auf ein Verfahren geeinigt. Mehr als 1300 Anwohner und sämtliche Gewerbetreibende können dem Ortsamt Neustadt bis zum 30. April mitteilen, ob sie für oder gegen eine Umbenennung der Langemarckstraße sind.

Spätestens Anfang März wird diesem Personenkreis ein mehrseitiges Schreiben des Ortsamts zugehen. Die finale Fassung des Schreibens liegt dem WESER-KURIER vor. Durch schlichtes Ankreuzen lässt sich die eigene Präferenz kundtun, auch eine Enthaltung ist möglich. Wer will, kann seine Entscheidung kurz schriftlich begründen. Verbindlich ist das Ergebnis indessen nicht. „Am Ende entscheidet der Beirat Neustadt“, heißt es in dem Schreiben. Gefolgt allerdings von dem Zusatz: „Ihre Meinung ist dem Beirat

wichtig“, sie werde in die Entscheidung einfließen. „Es ist keine Befragung“, betont Ortsamtsleiter Uwe Martin, „sondern eine Meinungsabfrage.“

Begleitet wird die Bürgerbeteiligung von zwei öffentlichen Versammlungen am 19. März und 23. April. Bei diesen beiden Versammlungen sollen die Teilnehmer nicht nur Gelegenheit haben, sich über die Positionen der Gegner und Befürworter einer Umbenennung zu informieren. Vor allem können die Teilnehmer auch selbst Fragen stellen und mitreden. „Wir wollen auch die hören, die sich nicht in großer Runde zu sprechen trauen“, sagt Martin. Deshalb ist keine Versammlung im üblichen Rahmen vorgesehen. Stattdessen werden mehrere Tische aufgestellt, an denen die Teilnehmer mit den Beiratsmitgliedern ins Gespräch kommen können.

Rückmeldung ausschließlich per Post

Bei der Abfrage dürfen Anwohner ab 14 Jahren ihre Meinung äußern. Martin beruft sich dabei auf das novellierte Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter, das Jugendliche stärker berücksichtigt. Eine Rückmeldung ist ausschließlich per Post vorgesehen, dafür liegt den Anschreibern ein Freiumschlag bei. Denn: „Bei Mails können wir nicht verfolgen, woher die Antwort kommt.“ Eine Unterschrift hält das Ortsamt nicht für notwendig. „Wir verlassen uns darauf, dass die Antwort

von dem kommt, den wir angeschrieben haben“, sagt Martin. Keine Post erhalten Immobilienbesitzer, weil sie von einer möglichen Umbenennung nicht direkt in ihrem Alltag betroffen seien.

Die Entscheidung von Anwohnern und Gewerbetreibenden soll nicht durch finanzielle Erwägungen beeinflusst werden. Der Ortsamtsleiter betont, dass auf die Bürger bei einer neuen Namensgebung keine Kosten zukommen. Die Behörden hätten zugesagt, Personalausweise und Kfz-Papiere unentgeltlich zu ändern. Die Kostenfreiheit soll auch in anderer Beziehung gelten. Geht es zum Beispiel um die Umschreibung eines Jagdscheins oder eines Motorbootsführerscheins, hat sich die Georg-Elser-Initiative bereit erklärt, die Kosten zu übernehmen – aus einem Spendenaufkommen von insgesamt 100.000 Euro. „Das würde dicke ausreichen“, ist sich Martin sicher. Auch Gewerbetreibende könnten bei Unkosten mit pragmatischer und unkomplizierter Hilfe der Initiative rechnen. „Allerdings müssten sich die Bürger darum natürlich kümmern.“

Unterdessen unterstreicht Beiratssprecher Johannes Osterkamp (Grüne), dass die Entscheidung des Stadtteilparlaments so oder so ausfallen könne. „Das Ergebnis ist völlig offen“, sagt er. Diesmal müsse aber eine endgültige Regelung gefunden werden – eine Anspielung auf die schon beschlossene Umbenennung im Dezember 2022, die durch die

öffentliche Kontroverse wieder ausgehebelt wurde. Rückblickend räumt Osterkamp ein, es sei damals „nicht gut gemacht“ worden. „Wir hätten einen transparenten Diskurs herstellen müssen.“ Umso beachtlicher findet er die monatelange Tätigkeit der Arbeitsgruppe, man habe zivilisiert miteinander gesprochen. Das betont auch Uwe Martin: Alle Verfahrensfragen seien im Konsens geklärt worden. Beide hoffen, dass der Neustädter Weg anderen Stadtteilen als Vorbild dienen kann.

Der Ortsamtsleiter setzt auf eine Beiratsentscheidung noch vor den Sommerferien. Damit hätte er sein Ziel erreicht, die aller Voraussicht nach erneut aufflammende inhaltliche Debatte um das Für und Wider einer Umbenennung aus dem nahenden Bürgerstabswahlkampf herauszuhalten. Sollte der Beirat seinen Umbenennungsbeschluss bestätigen, strebt das Ortsamt eine Umsetzung zum 8. November 2026 an – am Jahrestag des gescheiterten Anschlags Georg Elzers auf Adolf Hitler von 1939.

Die erste öffentliche Versammlung für die Bewohner der Neustadt soll am Donnerstag, 19. März, ab 19 Uhr in der Oberschule am Leibnizplatz stattfinden, die zweite öffentliche Versammlung ist für alle Interessierten gedacht und für Donnerstag, 23. April, ab 19 Uhr in der Wilhelm-Kaisen-Oberschule an der Valckenburghstraße 1-3 angesetzt.